



Liebe Leserinnen und Leser



Im kommenden Herbst finden wegweisende Abstimmungen statt. Wir wollen eine massvolle Zuwanderung. Das heisst wir wollen keine Grenzen schliessen, sondern kontrollieren, wie viele in unserem Land Wohnsitz nehmen dürfen. Entgegen den Behauptungen es würden alle nur kommen um zu arbeiten, entspricht nicht den Tatsachen. 30% kommen mit dem Status «Familiennachzug» in die Schweiz, was nach dem Grund der Erwerbstätigkeit (48%) der zweitmeiste ist. Eine unkontrollierte Zuwanderung wirft viele Fragen auf: Beispielsweise, was machen wir mit den unqualifizierten Personen? Mit der kommenden Hightech Welt verändern sich die Arbeitsplätze. Viele der Zuwanderer beziehen nach weniger als einem Jahr Erwerbstätigkeit schon Arbeitslosengelder. Mit der Totalisierung haben die Zuwanderer bereits nach einem Tag Anstellungsverhältnis ein Anrecht auf Arbeitslosengelder, sofern sie vorher 364 Tage in einem anderen Land Beiträge geleistet haben. Zudem kommt, dass bei den 330'000 Grenzgängern neu der Staat für die Arbeitslosengelder aufkommen soll in welchem sie zuletzt gearbeitet haben und nicht wo sie ihren Wohnsitz haben.

Sparst Du in der Zeit so hast Du in der Not! Ein alt bewährtes Sprichwort! Nun bin ich aber nicht mehr überzeugt, dass sich diese Einstellung heute noch lohnt. Hat man mühselig ein paar «Batzen» gespart, hat man bei manchen Dingen das Nachsehen. So zum Beispiel bei der Anrechnung der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und neuerdings auch bei der Entlassungs- oder Übergangsrente. Die AHV ist seit langem ein Sanierungsfall. Es werden Erhöhung der Rentenalter Frauen/Männer diskutiert und gefordert. Ein späterer Eintritt in die AHV würde den Bezug der Übergangsrente verlängern und noch mehr Kosten verursachen. Was passiert mit dem flexiblen Altersrücktritt (FAR) in der Baubranche? Dieser Übergang wird heute schon solidarisch im Umlageverfahren finanziert. Müsste dieser gerechterweise dann aufgehoben werden?

Unser Staat soll mehr und mehr für vieles aufkommen. Eigenverantwortung ist nicht mehr gefragt. Irgendjemand bezahlt die Zeche – aber wer? Der Bund hat sich in den letzten Monaten stark verschuldet. Die Entwicklung der Finanzmärkte und der Wirtschaft unterliegen längst nicht mehr den üblichen Gesetzmässigkeiten. Also bleiben wir unserem Grundsatz «Eigenverantwortung vor dem Staat» treu. Gesetze mit immer wiederkehrenden Ausgaben sind abzulehnen.

Bewahren Sie unsere sichere Schweiz und den Wohlstand. Ich zähle auf Sie!

Die Präsidentin
Angela Lüthold-Sidler

Wichtiges im August >>>

- 01 | Nationalfeiertag
- 17 | Podium zur Begrenzungsinitiative in Willisau
- 22 | Eidg. Delegiertenversammlung
- 29 | Kant. Generalversammlung und Kant. Delegiertenversammlung

Neues Abstimmungsdatum: 27. September 2020

Begrenzungs- Initiative



JA zur
**massvollen
Zuwanderung**

www.begrenzungsinitiative.ch



Das müssen Sie wissen

Begrenzung als einziges Mittel



Trotz Krise lässt der Bundesrat zu, dass Tausende EU-Ausländer in den Schweizer Arbeitsmarkt drängen.



Das Abstimmungsdatum für die Begrenzungsinitiative steht! Am 27. September 2020 werden die Schweizerinnen und Schweizer entscheiden, ob sie eine eigenständige und massvolle Kontrolle wollen oder eine 10-Millionen-Schweiz!

Die Schweiz zählt zu den Ländern, die weltweit am dichtesten bevölkert sind. Hinzu kommt bei der Schweiz, dass es ein gebirgiges Land in Zentraleuropa mit zahlreichen Seen und hohen Alpengipfeln ist. Dadurch verkleinert sich die mögliche Wohnfläche. Mit ihrer Fläche von 41'285 km² ist die Schweiz ein kleines Land. Aber: In ein kleines Land können sich nicht immer mehr Menschen hineinzwängen! Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU von 2007 hat die Schweiz die Grenzen für über 500 Millionen Menschen aus der EU geöffnet, ohne Kontrolle. In den letzten 13 Jahren sind deshalb bereits 1 Million Menschen zusätzlich eingewandert. Und jedes Jahr kommen im Durchschnitt nochmals 50'000 Menschen – so viele wie in der Stadt Biel leben – allein aus der EU dazu! Kein Wunder platzt die Schweiz aus allen Nähten! Mit einem JA zur Begrenzungsinitiative kann man diese Nöte stoppen.

Misstände bekämpfen

Mit einem JA zur Begrenzungsinitiative ersetzen billige EU-Ausländer nicht mehr Schweizer Arbeitnehmende. Denn heute sind die meisten EU-Ausländer günstige Arbeiter, die Schweizer Arbeitnehmende verdrängen, wenn diese keine stagnierenden oder gar sinkenden Löhne akzeptieren. Ferner wird die Schweiz nicht weiter zubetoniert Denn wegen dieser Million neuer Einwanderer musste

in den letzten 13 Jahren eine Fläche von 57'000 Fussballfeldern für neue Wohnungen, Schulen und Strassen zubetoniert werden. Zudem versinkt unsere Heimat nicht weiter im Stau, in verstopften Zügen und Bahnen. Die Zuwanderung von einer Million Menschen in nur 13 Jahren ist zu viel für die hiesigen Infrastrukturen – sie stehen trotz Milliardeninvestitionen vor dem Kollaps: Seit 2007 sind 543'000 zusätzliche Autos auf den Schweizer Strassen unterwegs. Die Züge werden immer unpünktlicher, fallen aus und verschmutzen. Das sind nur einige der zahlreichen Missstände, die durch die Begrenzungsinitiative bekämpft werden.

Eine Fehlkonstruktion

Die Lage auf dem Schweizer Arbeitsmarkt spitzt sich durch die aktuelle Lage immer mehr zu. Rund zwei Millionen Schweizerinnen und Schweizer waren oder sind in Kurzarbeit und über 150'000 Menschen sind arbeitslos – Tendenz klar steigend. Vor diesem Hintergrund ist es ein grosser Fehler, die Schweiz dem EU-Recht zu unterwerfen und die Personenfreizügigkeit aufzwingen. Eine Fehlkonstruktion, die der Schweiz seit der vollständigen Einführung 2007 massiv geschadet hat und die jetzt, in der aktuellen Wirtschaftslage, noch teuer zu stehen kommt. Denn die EU-Staaten sind mit inzwischen mehr als 14 Millionen Arbeitslosen hart von der Krise gezeichnet. Dadurch ist die Schweiz noch attraktiver für billige EU-Ausländer, die eine Arbeit oder einen Platz in unserem grosszügig ausgestatteten Sozialsystem suchen. Durch die Personenfreizügigkeit haben sie alle einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz. Das kann nicht sein! Deshalb ein deutliches JA zur Begrenzungsinitiative.

Nachgefragt bei



Cornelia

Birrer-Kirchhofer

Kampagne-Leiterin
Begrenzungsinitiative Kanton
Luzern, SVP Kanton Luzern

Weshalb engagieren sie sich für die Begrenzungsinitiative (BGI)?

Bereits bei der Masseneinwanderungsinitiative war ich eine Befürworterin. Leider wurde die Initiative überhaupt nicht im Sinne der Bevölkerung umgesetzt. Unsere Schweiz ist zu klein, um weiterhin eine derartige Zuwanderung zu bewältigen.

Dies zeigt sich tagtäglich mit verstopften Strassen, überfülltem ÖV, überall wird alles zubetoniert und der Druck auf unseren Arbeitsmarkt und unsere Sozialwerke steigt. Ausserdem verfremdet unsere Schweiz zusehends. Mit der Begrenzungsinitiative können viele dieser Probleme bei der Wurzel gepackt und verbessert werden. Ausserdem ist die BGI richtungweisend für das bevorstehende Rahmenabkommen mit der EU, welches nicht zu Stande kommen darf. Darum unbedingt JA zur Begrenzungsinitiative am 27. September 2020. Für uns und unsere zukünftige Schweiz.

Jetzt das Referendum unterschreiben

Entlassungs-Rente: Das Volk muss entscheiden

Ein Komitee mit zahlreichen Vertretern der SVP möchte verhindern, dass im Schnellzugstempo – hauptsächlich, um die Begrenzungs-Initiative einfacher bekämpfen zu können – ein neues Sozialwerk geschaffen wird, welches gravierende Probleme zwar kurzfristig überdeckt, nicht aber löst.

Am 19. Juni 2020 haben die eidgenössischen Räte das Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG) verabschiedet. Dagegen hat eine Gruppe von SVP-Parlamentariern das Referendum ergriffen. Das Komitee fordert, das unbestrittene Problem der älteren Arbeitslosen über eine griffige Reform von AHV und BVG zu lösen. Denn Menschen im erwerbsfähigen Alter wollen Arbeit, keine staatliche Rente.

Falsche Anreize

In Wahrheit handelt es sich um eine unwürdige Entlassungsrente, werden doch so die Firmen künftig noch weniger Skrupel haben, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab 58 Jahren zu entlassen. Finanziert wird das neue Sozialwerk durch Steuern, also von der arbeitstätigen Bevölkerung. Die Kosten werden sozialisiert, die Profite bleiben – Boni-wirksam – bei den Unternehmen. Hinzu kommt, dass Personen mit einem Vermögen ab 50'000.– keine Überbrückungs-Rente bekommen, erst wenn dieser Notgroschen verbraucht ist bekommt man diese Rente.

Probleme nicht mit «Pflästerli» zudecken

Das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit muss unbedingt angegangen werden. Die Überbrückungsrente wird diesem Problem aber nicht gerecht. Es ist unseriös, wenn eine strukturelle Problema-



Die Entlassungs-Rente gestattet es Unternehmen, älteren Angestellten und Arbeitern künftig sorglos zu kündigen und sie in die «Entlassungs-Pension» zu schicken.



tik einfach mit einem «Pflästerli» überdeckt wird, indem ein neues Sozialwerk geschaffen wird. Zudem ist die massive Zuwanderung in den Arbeitsmarkt die Hauptursache dafür. Die Begrenzung der Zuwanderung ist der seriösere Weg, damit ältere Angestellte vom Arbeitsmarkt nicht durch billige EU-Ausländer verdrängt würden.

Weitere Informationen zum Referendum finden Sie unter:
www.entlassungsrente-nein.ch

Bild des Monats



SVP übernimmt Vize- präsidium des Kantonsrates

Rolf Bossart aus Schenkon wurde am 23. Juni 2020 vom Luzerner Kantonsrat zum Vizepräsidenten gewählt.

Er erhielt 96 Stimmen und erzielte damit ein sehr starkes Resultat. Die SVP Kanton Luzern gratuliert ihm herzlich zu seiner Wahl.

Rolf Bossart ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Der Unternehmer ist bereits seit 2011 Luzerner Kantonsrat, wo er die wichtige Kommission Verkehr und Bau präsidiert. Er ist zudem Gemeinderat in Schenkon und Wahlkreispräsident Sursee. Auf dem Foto gratuliert ihm Fraktionspräsident Urs Dickerhof zu seiner erfolgreichen Wahl.



Marco Frauenknecht (2. v.l.) hat den Sprung in den Krienser Stadtrat geschafft.

Erfolgreich in den Gemeinden

Die SVP Kanton Luzern konnten bei den diesjährigen Gemeinderatswahlen ihre Position in den Kommunen stärken. Die Mandate in den Exekutiven konnten um 20% gesteigert werden. Erfreulich waren insbesondere die Sitzgewinne in den Agglomerationsgemeinden.

«Die SVP ist zurück», titelte das Onlinemagazin zentralplus nach dem Wahlsonntag vom 28.06.2020. Nach den mässigen Nationalrats- und Kantonsratswahlen konnte die SVP Kanton Luzern einen wichtigen Wahlerfolg erzielen. Sie steigerte ihre Mandate in den Exekutiven um 20%.

Sitzgewinne in den Agglomerationsgemeinden

In den Luzerner Gemeinden werden die kommende Legislatur 31 Mandatsträger der SVP die bürgerliche Politik auf kommunaler Ebene vertreten. Das ist für die SVP Kanton Luzern ein wichtiges Zeichen, denn einerseits wollen die Bürgerinnen und Bürger die Sichtweise der SVP auf der Gemeindeebene mehr einbinden und andererseits zweigt sich auch, dass die Lösungsansätze der SVP auch in den Gemeinden gefragt sind. Besonders erfreulich sind die Sitzgewinne in den Agglomerationsgemeinden. Dort hatte die SVP bei den Ersatzwahlen zuletzt keinen Erfolg. Mit Astrid David Müller (Horw), Marco Frauenknecht (Kriens) und Ferdinand Huber (Adligenswil) konnten gleich in drei Agglomerationsgemeinden Sitze gewonnen werden – in Adligenswil hat nun die SVP zwei Gemeinderäte. Ihre starken Wahlresultate zeigen, dass sie bis tief in die politische Mitte unterstützt wurden. Besonders gross ist die Freude in Malters. 24 Jahre nach der Ortsparteigründung konnte mit Martin Wicki der erste Sitz gewonnen werden.

Lob für die Ortsparteien

Ohne das Engagement wäre der Erfolg der SVP in den Luzerner Gemeinden nicht möglich gewesen. So ist den Ortsparteien ein grosses Lob auszusprechen. Sie haben mit ihrem enormen Einsatz für diesen Erfolg gesorgt. In zahlreichen Gemeinden wurde im bürgerlichen Lager zusammengearbeitet. So wurden beispielsweise überparteiliche Komitees gebildet. Diese haben entscheidend zum gemeinsamen Wahlerfolg der bürgerlichen Parteien und somit auch der SVP beigetragen. Dass solche Allianzen aufgebaut werden konnten, ist dem Effort der Ortsparteien zu verdanken. Nun ist es wichtig, dass diese Kooperation auch für die folgende politische Arbeit aufrechterhalten wird. Nur so kann eine bürgerliche Politik zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger schlagkräftig sein. Die SVP Kanton Luzern ist überzeugt, dass diese Allianzen auch über die Wahlen hinaus halten werden.

“

Gemeinderatswahlen waren erfolgreich für die SVP.

”

Die nächste Herausforderung steht bereits an und dabei geht es um nichts weniger als die Eigenständigkeit der Schweiz. Die Begrenzungsinitiative will, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder selbstständig steuern kann. Ein notwendiger Schritt für die Freiheit und Sicherheit in unserem Land.

Liebe SVP-Familie

Ich freue mich riesig. Die SVP konnte in den Exekutiven der Gemeinden stark zulegen. Der 2. Wahlgang in den Luzerner Kommunen vom 28.06.2020 war ein Freudentag für die SVP. Trotz der vielen Unkenrufe und der «grünen Welle» zeigte sich, dass die Luzernerinnen und Luzerner Lösungsvorschläge und Ansichten der SVP auch auf der Ebene der Gemeinden einbringen wollen. Dies auch in den Agglomerationsgemeinden, wo die SVP Kanton Luzern die letzten Jahre nicht mehr vertreten war.

IMPRESSUM

Das «SVP news» erscheint monatlich und kann als PDF-Datei unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden.

Redaktion & Grafik: b2000 AG, 6020 Emmenbrücke
Redaktionsverantwortung: Parteileitung SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch